# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1538 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 175. Donnerstag, 30. Juli 1925, abends. 78. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben 25 Gold-Pfennige. die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige: zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". – Im Falle höherer Gewalt – Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


# Die Lohn- und Kirchensteuer vor dem Reichstag.

### Die steuerfreien Abzüge bei Einkommen- und Lohnsteuer. — Widerlicher Skandal und Handgreiflichkeiten.

vdz. Berlin, den 29. Juli 1925.

Am Regierungstische: Reichsfinanzminister v. Schlieben.

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.

Ein Antrag der Regierungsparteien auf **Verlängerung des Notetats** bis zum 8. August und, falls diese Frist nicht ausreichen sollte, bis zum 31. Oktober wird unter dem Gelächter der Linken dem Haushaltausschuß überwiesen.

Die **zweite Lesung der Steuervorlagen** wird darauf fortgesetzt, und zwar bei der

### Einkommensteuer.

Zu gemeinsamer Beratung zusammengefaßt werden die §§ 50 (Steuertarif) und 70 (Lohnsteuer).

Abg. **Dr. Brüning** (Ztr.) begründet die neuen Kompromißvorschläge der Regierungsparteien, die notwendig geworden sind, da die Beschlüsse des Ausschusses mehrfachem Widerspruch begegnet sind.

**Aufrechterhalten wird die Bestimmung, daß die Einkommensteuer nicht festgesetzt wird bei Einahmen von weniger als 1100 Mark im Jahre.**

Dieser **steuerfreie Betrag erhöht** sich für die Ehefrau um 100 Mark, das erste Kind auch um 100 Mark, das zweite um 180 Mark, das dritte um 360 Mark, das vierte und jedes folgende um je 450 Mark. Kinder im Alter von mehr als 18 Jahren, die Einkünfte beziehen, werden nicht gerechnet.

Vom **Einkommen** sind für die Festsetzung der Einkommensteuer folgende Beträge im Jahre **abzuziehen:**

1) 600 Mark als steuerfreier Einkommensteil, sofern das Einkommen 10 000 Mark nicht übersteigt.
2) für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 8 Prozent des über 600 Mark hinausgehenden Einkommens, jedoch mindestens für die Ehefrau 100 Mark, für das erste Kind ebenfalls 100 Mark, für das zweite 180 Mark, für das dritte 360 Mark, für das vierte und jedes folgende je 450 Mark und höchstens je 540 Mark für die Ehefrau und jedes Kind, insgesamt nicht mehr als 8000 Mark.

Vom **Arbeitslohn** bleiben für den Arbeitnehmer 600 Mark jährlich als **steuerfreier Lohnbetrag**, 180 Mark zur Abgeltung der Werbungskosten und 180 Mark zur Abgeltung der Sonderleistungen. Außer diesem steuerfreien Existenzminimum von 960 Mark jährlich oder 80 Mark monatlich bleiben vom Steuerabzug befreit für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind je 10 Prozent des Arbeitslohnes, der über das Existenzminimum hinausgeht. Mindestens sollen das sein für die Ehefrau monatlich 10 Mark, für das erste Kind ebenfalls 10 Mark, für das zweite 20 Mark, für das dritte 40 Mark, für das vierte und jedes folgende 50 Mark monatlich.

Abg. **Vogel** (Soz.) bezeichnet die Vorschläge der Regierungsparteien als Ausfluß eines bösen Gewissens und als kurzsichtiges Ablenkungsmanöver. Die Lohnsteuer habe lange Zeit allein ein Viertel der gesamten Reichseinnahmen erbracht. Das sei ein großes Unrecht an den werktätigen Massen gewesen. Man wolle den sozialdemokratischen Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums von 80 Mark auf 100 Mark zu Fall bringen.

Abg. **Koenen** (Komm.) nennt die Lohnsteuer ein Verbrechen an der Arbeiterschaft und fordert ihre Beseitigung. Die Lohnsteuer habe in den letzten 2 Monaten 60 Millionen mehr ergeben als veranschlagt war. Wenn Herr Brüning dieses Lohnsteuersystem noch als sozial hinstelle, so sei das schlimmste Demagogie, eine schamlose Frechheit. (Ordnungsruf.)

Abg. **Schneider**-Berlin (Dem.) weist darauf hin, daß man von der Steuerreform eine Vereinfachung erwartet habe. Davon habe man sich aber immer weiter entfernt, und schließlich setzt mit dem Kompromißantrage den Gipfel der Kompliziertheit erreicht. Es sei ganz unmöglich, daß diese komplizierten Bestimmungen aufrecht erhalten werden können.

Die namentlichen Abstimmungen werden zurückgestellt, da im Saale nur wenige Abgeordnete anwesend sind. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen protestiert

Abg. **Höllein** (Komm.) gegen die Abwesenheit der meisten Abgeordneten. Er kündigt entschlossene Opposition an, die mit allen Mitteln durchgeführt werden soll. Auf das Ferienbedürfnis vieler Abgeordneter werde keine Rücksicht genommen werden. Die Kommunisten würden als Steuer- und Zollopposition ihre Pflicht bis zum Ende erfüllen, selbst wenn sie dabei zusammenbrechen sollten (Lachen rechts).

**Staatssekretär Popitz hebt hervor, daß wir aus finanziellen Gründen leider manche sozialpolitischen Erwägungen zurückstellen müssen. Wir können nicht dieselben Rücksichten nehmen wie die reichen Länder, England und Amerika. Der Redner bittet, dem Kompromißantrag zuzustimmen, da die Anträge der Opposition zur Lohnsteuer einen Ausfall von vielen hundert Millionen Mark bedeuten würden.**

Abg. **Hertz** (Soz.) wirft der Regierung Kurzsichtigkeit vor. Die neuen Vorschläge bei der Lohnsteuer stellen die Steuerpflichtigen mit mehr Kindern schlechter als bisher.

**Als über die Auslegung des Kompromißantrages zur Lohnsteuer Meinungsverschiedenheiten entstehen, und ein handschriftlicher Antrag der Regierungsparteien eingeht, um die Unklarheiten zu beheben, gibt es eine lebhafte Szene, da die Sozialdemokraten und Kommunisten gegen diese Gesetzesmacherei protestieren. Die Demokraten verlangen Rückverweisung dieser Paragraphen an den Ausschuß, während die Kommunisten die Sitzung auf eine halbe Stunde vertagen wollen. Schließlich wird die**

**Abstimmung über die Lohnsteuer weiter ausgesetzt.**

Der Steuertarif in § 50 wird nach den Kompromißanträgen angenommen. Sozialdemokratische Anträge auf Erhöhung der Beträge für Frauen und Kinder werden mit 222 gegen 170 Stimmen abgelehnt.

Nach § 54 beträgt die Einkommensteuer für die ersten 8000 Mark des Einkommens 10 Prozent, für die weiteren 4000 Mark 12½ Prozent, für die weiteren 4000 Mark 15 Prozent, für die weiteren 4000 Mark 20 Prozent, für die weiteren 8000 Mark 25 Prozent, für die weiteren 18 000 Mark 30 Prozent, für die weiteren 34 000 Mark 35 Prozent und für die weiteren Beträge des Einkommens 40 Prozent.

Abg. **Egerstedt** (Soz.) schlägt eine andere Staffel vor, die bei den höheren Einkommen schärfer zufaßt.

**Die Kompromißvorschläge werden angenommen.**

Abg. **Neubauer** (Komm.) beantragt **Offenlegung der Steuerlisten.** Er macht dann der Landwirtschaft den Vorwurf der Steuerhinterziehung und weist besonders auf ein Rundschreiben einer landwirtschaftlichen Organisation in Ostpreußen hin, in dem die Landwirte aufgefordert wurden, um Stundung einzukommen. Als der Redner von „Steuerdrückebergern" spricht und dabei mit beiden Händen nach der Rechten weist, rügt das Vizepräsident Gräf und bittet den Redner, seine Handbewegungen nicht gegen Mitglieder des Hauses zu richten. Neubauer entgegnet, daß er doch nicht mit den Händen nach hinten sprechen könne und macht entsprechende Armbewegungen.

Als **Abg. Höllein** (Komm.) dem **Präsidenten** zuruft: Jeder blamiert sich, so gut er kann! erhält er einen Ordnungsruf.

**Der kommunistische Antrag wird darauf abgelehnt.**

Abg. **Frau Arning** (Soz.) beantragt, bei **Heimarbeiterinnen den Steuerabzug überhaupt zu unterlassen.**

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß damit das ganze Steuersystem durchbrochen würde.

Abg. **Frau Behm** (Dnat.) wehrt sich dagegen, daß man den Stand der Heimarbeiterinnen durchaus zum fünften Stande im Volke machen wolle. **Die Gesundung der Heimarbeit hänge von der Erhöhung der Löhne ab,** nicht von der Herabsetzung der Steuern. Die Menschen sollten doch stolz sein darauf, wenn sie soviel verdienen, daß sie Steuern zahlen können. (Lautes Gelächter links.) Sie hoffe, daß für die Heimarbeit noch etwas erreicht werden könne.

**Staatssekretär Popitz** warnt vor einer gesetzmäßigen Festlegung in dieser Beziehung. Vielleicht lasse sich bis zur dritten Lesung noch eine neue Formulierung finden, sonst könnten in den Ausführungsbestimmungen bestimmte Richtlinien gegeben werden.

Abg. **Kube** (Völk.) empfiehlt, doch alles politische Beiwerk bei dieser Frage wegzulassen. Abg. Höllein (Komm.) ruft ihm darauf zu: Großmaul! und erhält einen Ordnungsruf.

Abg. **Dr. Hertz** (Soz.) begrüßt das Entgegenkommen der Regierung und zieht den sozialdemokratischen Antrag bis zur dritten Lesung zurück.

Es folgt dann die Beratung der Bestimmungen, die unter anderen

### die Veranlagung zur Kirchensteuer

behandeln.

Abg. **Schreck** (Soz.) wendet sich dagegen, daß der Staat der Kirche Hilfsdienst leistet.

Abg. **Vierath** (Komm.) bezeichnet die Bestimmung über die Kirchensteuer als das Ungeheuerlichste, was man in der Republik gegen die Arbeiter unternehme. Im Zeichen des Kreuzes habe man versucht, das Zentrum und die anderen christlichen Pfaffen für den neuen großen Steuerraub zu ködern. Die Anhäufung der Schätze in der Kirche sei ein Luxus (Unruhe beim Zentrum). Wozu sei es nötig, beim Abendmahl den Wein aus goldenem Kelch zu trinken? (Pfui-Rufe und große Unruhe im Zentrum und rechts.) Vizepräsident Gräf bittet den Redner, die Gefühle eines großen Teiles der Mitglieder des Hauses zu schonen.) Vierath fährt fort: Wenn es der Kirche so auf das Geld ankomme, dann möge man doch einfach Eintree nehmen. (Große Unruhe im Zentrum und rechts.) Als der Redner weiter schwere Beschuldigungen gegen die Kirche und gegen die Geistlichen aussprach, entsteht im Zentrum und rechts steigende Unruhe und Erregung. Besonders der Abg. Esser gibt seiner Empörung durch heftige Zwischenrufe Ausdruck.

**Es kommt zu einem wüsten Skandal und zu Handgreiflichkeiten.**

Der Vizepräsident vertagt die Sitzung auf eine Viertelstunde.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung teilte **Vizepräsident Gräf** mit, der Aeltestenrat habe sich mit den letzten Vorgängen beschäftigt. Nach dieser Besprechung sehe er sich genötigt, den Abg. Jadasch, weil er einen tätlichen Angriff gegen einen Abgeordneten versucht habe, für die Dauer dieser Sitzung auszuschließen. (Gelächter bei den Kommunisten.) Da der Abgeordnete Jadasch den Saal schon vorher verlassen habe, sei dieser Punkt erledigt. Die Kommunisten rufen erregt: Nein! Er ist noch nicht erledigt! Sie müssen den Abg. Esser zur Ordnung rufen, der uns „Bande" genannt hat.

Vizepräsident Gräf: Ich habe keine Veranlassung den Abgeordneten Esser zur Ordnung zu rufen. (Großer Lärm bei den Kommunisten.) Der von dem Abg. Esser gebrauchte Ausdruck ist durch die Provokationen der anderen Seite veranlaßt worden. Diese Erklärung wird von den Kommunisten und vielen Sozialdemokraten mit Protestrufen beantwortet. Die kommunistischen Abgeordneten Koenen und Reddermeier rufen zum Zentrum hinüber Saubande! Räuberbande!

Vizepräsident Gräf ruft die beiden Abgeordneten zur Ordnung, worauf die Kommunisten rufen, er müsse dann auch den Abg. Esser zur Ordnung rufen.

Der Abg. Vierath will hierauf wieder zum Rednerpult gehen, um seine Rede zu beenden. Vizepräsident Gräf: Der Abg. Vierath hatte seine Rede beendet. (Lauter Widerspruch bei den Kommunisten.) Ich nehme nicht an, daß es dem Wunsche der Mehrheit entspricht, den Abg. Vierath weiter sprechen zu lassen. (Lärmende Protestrufe und Rufe zur Geschäftsordnung seitens der Kommunisten und vieler Sozialdemokraten beantworten diese Erklärung des Präsidenten. Der Lärm steigert sich noch, als der Vizepräsident Gräf erklärt: Ich erteile das Wort zur Geschäftsordnung nicht.

In dem allgemeinen Lärm fordert Vizepräsident Gräf dann diejenigen Abgeordneten, die die Fortsetzung der Rede des Abg. Vierath wünschen auf, sich von den Plätzen zu erheben. Eine Beteiligung an dieser Abstimmung war nicht zu bemerken. Während die Kommunisten dauernd das Wort zur Geschäftsordnung verlangen, begibt sich der sozialdemokratische Abg. Müller-Franken zum Vizepräsidenten Gräf. Er spricht mit ihm. **Vizepräsident Gräf unterbricht darauf unter tosendem Lärm die Sitzung wiederum auf zehn Min.**

Um 9,45 Uhr eröffnet **Vizepräsident Gräf** wiederum die Sitzung und stellt fest, daß er irrtümlich der Ansicht gewesen sei, daß der Abg. Vierath seine Rede beendet habe. Er habe sich inzwischen überzeugt, daß das nicht der Fall gewesen sei. Er erteilt ihm daher das Wort zur Beendigung seiner Rede.

**Abg. Vierath** (Komm.) erklärt, daß ihn die letzten Vorgänge an den Affenprozeß in Tennessee erinnerten.

**Die Kompromißbeschlüsse zur Kirchensteuer werden dann angenommen.**

Ferner wird bestimmt, daß, wenn in einem Lande, in dem eine Kirchensteuer in Form von Zuschlägen zur Einkommensteuer erhoben wird, die Landesregierung nicht rechtzeitig Pauschalbeträge hierfür festsetzt, der Finanzminister ermächtigt sein soll, nach Benehmen mit der beteiligten Körperschaft, die Festsetzung mit Zustimmung des Reichsrates vorzunehmen.

**Das Einkommensteuergesetz wird in zweiter Lesung erledigt.**

## Die internationale Kohlenkrisis.

Schon seit Monaten kriselt es im Kohlenbergbau. Die Schwierigkeiten im Ruhrgebiet, die durch die Besetzung noch verschärft worden waren, stehen keineswegs vereinzelt da. Vielmehr hört man gerade aus England bereits seit längerer Zeit die lebhaftesten Klagen darüber, daß der Kohlenbergbau nicht mehr rentabel sei. Zur Zeit sollen von 610 größeren Kohlengruben Englands 407 mit Verlust betrieben werden und nur 203 aus dem Verkauf ihrer Erzeugnisse die Selbstkosten decken. Angeblich würde sich, wenn die Dinge so weiter gehen, der jährliche Betriebsverlust der Gruben von Süd-Wales auf etwa 20 Millionen Goldmark, der schottischen Gruben und der Gruben von Nordengland auf je 6½ bis 7 Millionen Goldmark stellen. Die Ursache der Krisis ist darin zu suchen, daß der gegenwärtigen schlechten Wirtschaftskonjunktur eine Ueberproduktion an Kohlen gegenübersteht, die nicht durch Herabsetzung der Kohlenpreise erleichtert werden kann, da die Verringerung der Bergarbeiterlöhne nicht möglich ist. Die englischen Bergarbeiter befinden sich ja sogar gegenwärtig im schärfsten Konflikt mit den Bergwerksbesitzern, und es droht ein allgemeiner Streik. Nach den neuesten Nachrichten aus London soll nun die englische Regierung zugesagt haben, den Konflikt dadurch zu beseitigen, daß sie den Grubenbesitzern große unverzinsliche Darleben zur Verfügung stellt, um ihnen das Ueberstehen der Krisenzeit zu ermöglichen. Eine solche Handlungsweise würde aber nicht nur für die inneren Verhältnisse Englands, sondern auch für die gesamte europäische Kohlenwirtschaft von größter Bedeutung werden. Die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln würde es der englischen Kohlenindustrie ermöglichen, ihre Produkte billiger auf den Weltmarkt zu werfen und den anderen kohleerzeugenden Ländern eine gefährliche Konkurrenz zu machen. In das Freihandelsprinzip, das freilich in England schon vielfach durchlöchert ist, paßt eine solche Maßnahme ganz gewiß nicht hinein.

Inzwischen hat in Paris der Vollzugsausschuß des Internationalen Bergarbeiterverbandes getagt und sich in langen, aber nicht gerade sehr verbindlichen Entschließungen auf die Seite der englischen Kohlenarbeiter gestellt. Er wird gewiß froh sein, wenn das englische Kabinett ihm die Durchführung seiner Drohungen erspart. Uns interessiert deshalb mehr der Fortgang der Besprechungen, die im Reichsarbeitsministerium wegen der Linderung der Kohlenkrisis im Ruhrgebiet stattfinden. Auch hier wird, wenn man die sozialen Schäden einschränken will, nichts anderes übrig bleiben, als den Bergwerksbesitzern finanziell entgegen zu kommen, zum mindesten auf dem Gebiete der steuerlichen und sozialen Lasten. Ferner sollte die Reichsbahn erneut die Frage der Herabsetzung der Tarife für Kohle prüfen. Die französische Regierung wird dann auch schwerlich auf ihrem bisherigen, sehr ablehnenden Standpunkt gegenüber den Bergarbeitern des Saargebiets verharren können.

SLUB
Wir führen Wissen.